

Pfriem, Hanns

Article — Digitized Version

Politische Optionen und theoretische Begründungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pfriem, Hanns (1979) : Politische Optionen und theoretische Begründungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 5, pp. 230-235

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135315>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Politische Optionen und theoretische Begründungen

Hanns Pfried, Bochum

Zur Behebung der seit vier Jahren herrschenden Massenarbeitslosigkeit können die Wirtschaftswissenschaften kein wirtschaftspolitisches Patentrezept anbieten. Unterschiedliche Theorienansätze ¹⁾ führen zu unterschiedlichen Empfehlungen: Der Streit um die „richtige“ Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wird zu einem „Glaubenskrieg“.

Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten, die sich auf diagnostische und prognostische Aussagen gleichermaßen beziehen, charakterisieren die aktuelle beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Debatte in der Bundesrepublik:

□ Der Streit, ob die nunmehr länger als vier Jahre währende Massenarbeitslosigkeit überwiegend konjunkturelle Ursachen hat, dauert mit unverminderter Heftigkeit an ²⁾. Unabhängig von der persönlichen Neigung, den „Strukturalisten“ oder „Konjunkturalisten“ mehr Plausibilität zuzusprechen, bleibt zu konstatieren, daß die bisherige Auseinandersetzung zumeist auf die definitorisch-begriffliche Ebene beschränkt blieb, da die zur Stützung des jeweiligen Standpunktes herange-

¹⁾ Einen Überblick über die unterschiedlichen Theorieansätze gibt H. Pfried: Die Analyse des Arbeitsmarktes in alternativen Arbeitsmarkttheorien, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 59. Jg. (1979), H. 2, S. 95 ff.

²⁾ Vgl. dazu die Jahresgutachten des Sachverständigenrates seit 1974, der zunächst strukturelle Komponenten der Arbeitslosigkeit schlichtweg gelehnt und ihnen auch in den jüngsten Gutachten allenfalls untergeordneten Einfluß zugemessen hat. Im Gegensatz dazu beispielsweise W. Sengenberger: Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit – auch ein Strukturproblem des Arbeitsmarktes, Frankfurt 1978, sowie G. Schmidt: Strukturelle Arbeitslosigkeit in der BRD. Beiträge zur Problemanalyse der Unterbeschäftigung und Überlegungen zu arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen, IIM papers, Nr. 6/1977.

³⁾ Exemplarisch hierfür sind die Diskussionen, die sich an den ersten Versuch des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) anschlossen, den Terminus „strukturelle Arbeitslosigkeit“ begrifflich so zu fassen, daß er operational und damit einer empirischen Überprüfung zugänglich wurde. Vgl. dazu Autoren-gemeinschaft: Zum Problem der „Strukturellen Arbeitslosigkeit“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 1/1976; C. Brinckmann, K. Schober-Gottwald: Zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen während der Rezession 1974/75, in: MittAB 2/1976; U. Cramer: Zum Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, in: MittAB 2/1976; G. Schmidt: Strukturelle Arbeitslosigkeit in der BRD . . . , a. a. O.

zogene Empirie bereits durch die vorab getroffenen begrifflichen und methodischen Festlegungen strukturiert war ³⁾.

□ Bezüglich der zukünftigen Arbeitsmarktentwicklung liegen stark abweichende Prognosen verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute vor, die das Beschäftigungsdefizit bis 1985 je nach den gewählten Prämissen in der Größenordnung von ca. 900 000 bis 2 Mill. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt dimensionieren.

Kontroverse Auseinandersetzung

Trotz dieser offen zutage liegenden Mängel der Arbeitsmarktforschung herrscht an der politischen Börse ein reger Handel mit Therapievorschlügen aller Art, die allesamt von ihren Befürwortern mit dem Etikett „erfolgversprechend“ versehen werden. Die Wirksamkeit dieser oder jener Maßnahme wird in der Regel mit einer mehr oder minder plausiblen Argumentation begründet, die aus unterschiedlichen Theorieversatzstücken besteht, ohne daß die dahinter stehende Arbeitsmarktvorstellung expliziert wird. Dieses kryptonormative Vorgehen erschwert dem Außenstehenden das Nachvollziehen einer nur scheinbar auf instrumentelle Rationalität abzielenden Diskussion, die kontroverse wissenschaftliche Auseinandersetzung muß ihm als „Glaubenskrieg“ erscheinen. Zusätzliche Verwirrung resultiert aus der häufig fehlenden Unterscheidung zwischen der mikro- und der makroökonomischen Dimension des Beschäftigungsproblems. Diese analytische Trennung ist jedoch notwendig, um die gegensätzlichen Positionen auf den unterschiedlichen Untersuchungsebenen auseinanderhalten zu können.

Nach einer Abgrenzung zwischen mikro- und makroökonomischer Ebene des Beschäftigungsproblems werden wir kurz auf die zentralen Ge-

Dr. Hanns Pfried, 31, ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Sozialpolitik und Sozialökonomik der Ruhr-Universität Bochum.

gensätze in der makroökonomischen Diskussion eingehen, die an anderer Stelle bereits ausführlich dokumentiert und diskutiert worden sind⁴⁾. Anschließend nehmen wir auf der mikroökonomischen Ebene eine systematische Zuordnung der Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Instrumente zu den als grundlegend identifizierten arbeitsmarktpolitischen Strategien vor. Dabei soll herausgearbeitet werden, wie sich die behauptete Wirksamkeit aus der unterstellten Funktionsweise des Arbeitsmarktes ableitet.

Makro- und mikroökonomische Aspekte

Die makroökonomische Perspektive des Beschäftigungsproblems wollen wir mit dem Begriffspaar Beschäftigungstheorie/Beschäftigungspolitik kennzeichnen, während die mikroökonomische Sichtweise mit dem Begriffspaar Arbeitsmarkttheorie/Arbeitsmarktpolitik beschrieben wird. Im ersten Fall steht das Niveauproblem, im zweiten Fall das Strukturproblem im Vordergrund. Die mangelnde Vermittlung wirkt sich für beide Analyseebenen nachteilig aus, da die aus der gesamtwirtschaftlichen Kreislaufanalyse abgeleitete Beschäftigungstheorie mit allzu stark vereinfachenden Annahmen bezüglich des Arbeitsmarktprozesses arbeitet, während die mikroökonomisch und partialanalytisch angelegte Arbeitsmarkttheorie die Wechselbeziehungen zwischen den makroökonomischen Aggregaten nicht adäquat erfassen kann.

Die zentrale Kontroverse in der makroökonomischen Diskussion resultiert aus dem Gegensatz von neoklassisch-monetaristischer und keynesianischer Strategie. Auf mikroökonomischem Feld verläuft die Trennungslinie zwischen neoklassischen Ansätzen einerseits sowie dualen und radikalen Segmentationsansätzen andererseits mit jeweils unterschiedlicher arbeitsmarktpolitischer Programmatik.

Neoklassik vs. Keynesianismus

Auf eine detaillierte Darlegung des Theoriegebäudes der neoklassischen und der keynesianischen Schule kann hier verzichtet werden, statt dessen soll schlagwortartig der Zusammenhang zwischen der grundlegenden theoretischen Idee und dem entsprechenden wirtschaftspolitischen Programm skizziert werden:

Die neoklassisch-monetaristische Strategie behauptet theoretisch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung und setzt politisch vor allem auf eine zurückhaltende Lohnpolitik sowie eine verstetigend wirkende Geldpolitik.

Die keynesianische Strategie behauptet in allen ihren Spielarten theoretisch einen unmittel-

baren Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Beschäftigung und setzt politisch vor allem auf eine Nachfrageexpansion, die entweder durch Stimulierung der privaten (Investitions- und/oder Konsum-) Nachfrage oder durch Ausweitung der staatlichen Nachfrage bewerkstelligt werden kann.

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen liegen auf der Hand. Aus neoklassischer Sicht liegt die Verantwortung für das realisierte Beschäftigungsniveau bei den Tarifparteien, insbesondere der gewerkschaftlichen Lohnpolitik werden unmittelbare Beschäftigungswirkungen zugesprochen. Anpassungsprozesse konjunktureller oder struktureller Art bewältigt das Markt-/Preissystem, und zwar um so effizienter, je weniger störende Einflüsse von außen (z. B. in Gestalt staatlicher fiskalpolitischer Eingriffe) wirksam werden. Der Staat hat sich auf Ordnungspolitik und eine am Wachstum des Produktionspotentials orientierte Geldmengenzugriffspolitik zu beschränken.

Keine adäquate Politikberatung

Die damit implizierte These von der Stabilität des privaten Sektors wird von keynesianischer Seite entschieden abgelehnt. Aus den möglichen Inflexibilitäten und Rigiditäten des Preissystems und dem daraus abgeleiteten Vorlauf von Mengengegenüber Preisreaktionen ergibt sich für die Keynesianer die Möglichkeit eines „Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung“, das ohne staatliche Interventionen nicht überwunden werden kann. Die primäre beschäftigungspolitische Verantwortung wird also dem Staat zugesprochen, der Unterbeschäftigungszustände interventionistisch aufzuheben hat.

Die seit 1974 gesammelten wirtschaftspolitischen Erfahrungen erhärten die Vermutung, daß die mit stark vereinfachenden Annahmen arbeitenden, hoch aggregierten makroökonomischen Modelle nicht hinreichen, eine adäquate Annäherung an reale Wirtschaftsabläufe zu gewährleisten. Dies gilt für die in der Politikberatung von Keynesianern und Monetaristen herangezogenen Makromodelle gleichermaßen, denn sowohl das Hicksche JS-LM-Modell als auch die Quantitätsgleichung stellen hochaggregierte funktionale Beziehungen dar, denen ein solides mikroökonomisches Fundament fehlt⁵⁾.

Dies gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt: Bis zur jüngsten Krise – die uns ungewohnt hohe Arbeitslosenzahlen beschert hat, die trotz der

⁴⁾ Stellvertretend für die mittlerweile unübersehbar gewordene Literaturflut sei das Schwerpunktheft „Löhne und Beschäftigung“ der IAB-Mitteilungen genannt, vgl. MittAB 3/1978.

⁵⁾ Vgl. dazu auch Blattner, der solchen Makrorelationen „den Charakter von black boxes“ zuspricht, weil sie „keinen Aufschluß über ihr ‚Innenleben‘ geben“. N. Blattner: „Hindernisse auf dem Weg zur Vollbeschäftigung“, in: *Kyklos*, Vol. 32, Nr. 1/2 1979, S. 67.

mittlerweile eingetretenen Wachstumsbeschleunigung wohl auch in den nächsten Jahren Bestand haben werden – herrschte allgemein die Ansicht vor, man könne den Arbeitsmarkt im Rahmen der allgemeinen Preistheorie problemlos abhandeln. Aus keynesianischer Sicht wurde zwar die Einschränkung unzureichender Flexibilität der Nominallöhne nach unten geltend gemacht, aber grundsätzlich stimmten Neoklassik und Keynesianismus in der mikroökonomischen Funktionsanalyse des Arbeitsmarktes überein. Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage wurden grenznutzen- bzw. grenzproduktivitätstheoretisch bestimmt, wobei die Keynesianer aufgrund der konstatierten Inflexibilität der Nominallöhne nach unten keine Möglichkeit sahen, über Lohnsenkungen zum Vollbeschäftigungsgleichgewicht zu kommen und daraus die bereits oben ausgeführten beschäftigungspolitischen Konsequenzen zogen.

Die Kritik dieser heroischen Annahmen, die in der makroökonomischen Beschäftigungstheorie bezüglich des Arbeitsmarktes getroffen worden waren, führte zu einer Renaissance der mikroökonomischen Arbeitsmarkttheorien.

Neoklassisches Theoriegebäude

Zentraler theoretischer Bezugspunkt der neoklassischen Schule ist die allgemeine Gleichgewichtstheorie, die eine reibungslose Koordination aller Wirtschaftsaktivitäten durch das Preissystem postuliert. Diese Koordinationsfunktion kann das Preissystem allerdings nur erbringen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind:

die Wirksamkeit von Preisanreizen auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte ist gegeben und

es herrscht uneingeschränkte Flexibilität der Preise⁶⁾.

Der Arbeitsmarkt gilt in diesem theoretischen Bezugssystem als Markt wie jeder andere und wird ohne *differentia specifica* als Unterfall der allgemeinen Preistheorie abgehandelt.

Drei Theoreme prägen die Struktur der neoklassischen Theorie des Arbeitsmarkts⁷⁾:

das Say'sche Theorem gewährleistet die Einbindung des Arbeitsmarktes in die Gesamtwirtschaft;

das Grenznutzentheorem erklärt das Arbeitsangebot;

das Grenzproduktivitätstheorem determiniert die Arbeitskräftenachfrage.

Aufgrund des Nutzen- bzw. Gewinnmaximierungspostulats lassen sich dann mit Hilfe der traditionellen Entscheidungslogik Allokation und Gratifikation der Arbeitskräfte bestimmen. Auch die jüngsten Varianten der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie, wie z. B. Job-Search-Ansätze, Humankapital- und Signallingtheorien, behalten die entscheidungslogische Grundstruktur unverändert

⁶⁾ An diesem Punkt setzte die Keynesische Kritik an, die diese Annahme für den Arbeitsmarkt ablehnte. Zur generellen Kritik der neoklassischen These, daß Markträumung primär über Preisanpassung und erst sekundär über Mengenanpassung erfolge, vgl. A. Leijonhufvud: Über Keynes und den Keynesianismus, Köln 1973. Zu den beschäftigungstheoretischen und beschäftigungspolitischen Implikationen verzögerter Preisreaktionen und unmittelbarer Mengenanpassung haben sich ausführlich Barro/Grossmann und in jüngster Zeit vor allem Malinvaud geäußert. Eine Rezeption der grundlegenden Gedanken dieser sogenannten „Neuen Makroökonomie“ findet sich in den jüngst erschienenen Aufsätzen von Gerfin.

⁷⁾ Die folgende, sehr geraffte Darstellung basiert auf der ausführlichen Untersuchung der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie in: H. Prieem: Konkurrierende Arbeitsmarkttheorien – neoklassische, duale und radikale Ansätze, Frankfurt 1979.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Mathias Lefeldt

ANALYSEKONZEPTE FÜR DEN AUSSENHANDEL

Die modellmäßige Erfassung der Kausalzusammenhänge im Außenhandelsbereich ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Einbezogen werden Ansätze, die sich mittels eines empirischen Modells der Erklärung des Güterhandelsniveaus eines Landes und dessen mittel- bis langfristiger Entwicklung widmen. Ferner wird nach Global- und Bilateralmodellen unterschieden. In detaillierter Form werden der Theoriebezug der Modelle überprüft, die logischen und theoretisch ableitbaren Beziehungen einzelner Modellansätze mit unterschiedlichen Erklärungszielen analysiert und schließlich alternative Modellformulierungen diskutiert.

Großoktav, 330 Seiten, 1978, Preis broch. DM 44,-

ISBN 3-87895-176-0

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

bei. Es werden lediglich Modifikationen der grundlegenden Prämissen vorgenommen. So tritt in der Humankapitaltheorie an die Stelle der ursprünglich angenommenen Homogenität eine qualifikationstheoretisch begründete Heterogenität der Arbeitskräfte; in den Job-Search-Ansätzen wird die ursprüngliche Prämisse vollkommener Konkurrenz durch die Annahme unvollkommener Information ersetzt.

Programm der Neoklassik

Diesem geschlossenen Theoriegebäude korrespondiert ein ebenso konsistentes Politikverständnis: Freiburghaus weist zu Recht darauf hin, daß Arbeitsmarktpolitik nach neoklassischem Verständnis in erster Linie auf die Beseitigung von Hindernissen abzielt, die sich dem alles regelnden Marktmechanismus entgegenstellen und damit die „eigentlichen“ Präferenzen der Wirtschaftssubjekte verdecken⁸⁾. Störungen des Arbeitsmarktgleichgewichts müssen nach diesem Weltbild immer exogen verursacht sein.

Als Hauptquellen möglicher Störungen werden angesehen:

- nichtmarktkonformes Verhalten der Arbeitskräfte (z. B. mangelnde Mobilität),
- gewerkschaftliche Tarifpolitik (z. B. hohe Lohnforderungen),
- staatliche Interventionen (z. B. Mindestlohn-garantien).

Charakteristisch für das arbeitsmarktpolitische Programm der Neoklassik ist die generelle Vermutung, daß Arbeitslosigkeit auf eine primär angebotsseitig verursachte Störung des Arbeitsmarktes zurückzuführen sei. Mangelnde Arbeitskräftenachfrage wird im Endeffekt immer mit Unzulänglichkeiten oder Verzögerungen im erforderlichen Anpassungsprozeß der Angebotsseite begründet. So erscheint es nur konsequent, daß die strategisch wichtigen Ansatzpunkte neoklassischer Arbeitsmarktpolitik ausschließlich auf der Angebotsseite angesiedelt sind.

Vier Aktionsfelder

Vier hauptsächliche Aktionsfelder mit jeweils unterschiedlichen Parametern lassen sich unterscheiden:

- Lohnpolitik* – Lohn
- Sozialpolitik* – Lohnersatzleistungen
- Qualifikations-/Regionalpolitik* – Mobilität
- Vermittlungspolitik* – Information

Traditionell beherrschen die Tarifparteien das Feld der *Lohnpolitik*. Der Staat kann jedoch die Auswirkungen der Lohnpolitik auf die betrieb-

liche Kostenstruktur beeinflussen, indem er Lohnkostenzuschüsse gewährt oder die Lohnkosten in bestimmten Fällen ganz übernimmt und damit massive Beschäftigungsanreize bereitstellt.

Ein hoher Stellenwert kommt der *Sozialpolitik* aufgrund der großen Bedeutung von Lohnersatzleistungen für das Verhalten der Arbeitsanbieter zu. Gemäß neoklassischem Raisonement senken Lohnersatzleistungen die Opportunitätskosten von Arbeitslosigkeit, d. h. der Sanktionsdruck auf die Arbeitslosen nimmt mit steigender Lohnersatzleistung ab. Aus neoklassischer Sicht erschwert dies die notwendige Anpassung des Anbieterverhaltens an die Arbeitsmarktbedingungen. Deshalb plädieren Neoklassiker in der Regel für eine generelle Senkung der Lohnersatzleistungen und/oder für eine Verschärfung der Bezugsvoraussetzungen.

Die Entwicklung der Humankapitaltheorie in den sechziger Jahren hat nicht nur der bildungspolitischen, sondern auch der arbeitsmarktpolitischen Diskussion zahlreiche neue Impulse gegeben, die bis heute nachwirken. So sahen und sehen viele Neoklassiker in der Erhöhung der *beruflichen und regionalen Mobilität* den Schlüssel zur Beseitigung bzw. Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Demzufolge fordern sie eine verstärkte Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von Mobilitätsszulagen. Daß die bloße Verbesserung der Qualifikationsstruktur des Angebots keine neuen Arbeitsplätze schafft und deshalb zu Zeiten hoher Arbeitsplatzdefizite lediglich eine Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitskräften hervorruft, wird regelmäßig ignoriert.

Die Forderung nach einer besseren *Vermittlungspolitik* zielt darauf ab, die friktionelle Arbeitslosigkeit durch den Ausbau des Informations- und Beratungsdienstes der Arbeitsämter zu verringern.

Theoriegebäude der Dualisten

Anhänger der neoklassischen Schule betonen immer wieder, die Vertreter der dualen Arbeitsmarkttheorie seien zwar einig in ihrer Kritik am neoklassischen Gedankengebäude, aber unfähig, eine gemeinsame, theoretisch in sich schlüssige Gegenposition zu entwickeln⁹⁾. Diese Feststellung ist insofern berechtigt, als die einzelnen dualen Arbeitsmarktansätze in der Tat durchaus unterschiedliche Akzente setzen¹⁰⁾. Dies erklärt sich schon aus dem völlig anderen methodologischen

⁸⁾ D. Freiburghaus: Arbeitsmarktsegmentation – Wissenschaftliche Modeerscheinung oder arbeitsmarkttheoretische Revolution?, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 33, S. 170.

⁹⁾ Vgl. dazu beispielsweise G. C. Cain: The Challenge of Segmented Labor Market Theories to Orthodox Theory: A Survey, in: Journal of Economic Literature, Jg. 1976, Vol. 14, Nr. 4, S. 1215-1257.

¹⁰⁾ Vgl. dazu im einzelnen H. P. Frie m: Konkurrierende Arbeitsmarkttheorien – neoklassische, duale und radikale Ansätze, a. a. O., S. 112 ff.

Vorgehen bei der Theoriebildung: Während die axiomatisch strukturierte Neoklassik ihr Aussagesystem auf dem Wege der logischen Deduktion entwickelt, bevorzugen die dualen Arbeitsmarkttheoretiker die induktive Methode, um zunächst ein Erfassen des realen Arbeitsmarktgeschehens leisten zu können und erst dann zu allgemeinen Aussagen zu gelangen ¹¹⁾.

Gleichwohl sind wir der Meinung, daß sich aus der übereinstimmenden Kritik der Neoklassik und den bisher vorliegenden Arbeiten, die sich mit einer alternativen Sicht des Arbeitsmarktes befassen, durchaus Hypothesen gewinnen lassen, die als Bausteine eines dualen Paradigmas angesehen werden können. Versucht man eine den verschiedenen Ansätzen gemeinsame theoretische Grundstruktur zu skizzieren, dann läßt sich folgendes Hypothesengerüst aufstellen:

Im Unterschied zur Neoklassik werden technische Restriktionen sowie Präferenzen und Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte nicht als exogen vorgegeben angesehen, sondern als endogene, vom Arbeitsmarkt abhängige Größen behandelt.

Produktivität gilt primär als Eigenschaft von Arbeitsplätzen und nicht von Arbeitskräften.

Die Ökonomie besteht aus zwei Sektoren, einem primären mit gutbezahlten und einem sekundären mit schlechtbezahlten Arbeitsplätzen. Das Verhalten von Unternehmen und Arbeitskräften in den beiden Sektoren verlangt unterschiedliche theoretische Erklärungen.

Die Arbeitskräfte des sekundären Sektors entwickeln ein instabiles Arbeitsverhalten, das sich in hoher Fluktuation und häufigem Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit äußert. Im Gegensatz dazu zeigen die Arbeitskräfte des primären Sektors ein stabiles Arbeitsverhalten.

Die zur Ausübung eines Jobs im primären Sektor erforderlichen Qualifikationen werden in der Regel erst durch on-the-job-training erworben.

Der Qualifikationstransfer von eingesessenen Belegschaftsmitgliedern an neu rekrutierte Arbeitskräfte erfolgt nur, wenn dadurch keine innerbetriebliche Konkurrenz zu befürchten ist. Fixität der Lohnstruktur im Rahmen der innerbetrieblichen Mobilitätsketten und Beschränkung der Konkurrenz auf die sogenannten „entry positions“ sind die Folge.

¹¹⁾ Zur historischen Dimension der Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der deduktiven und der induktiven Methode in der Arbeitsmarkttheorie vgl. M. Köller: Segmentierungstheorien – eine heuristische Herausforderung, in: BeitrAB 33, S. 253 ff.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Klaus Bolz (Hrsg.)

**DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN OSTEUROPA
ZUR JAHRESWENDE 1978/79**

In der vorliegenden Untersuchung wird nunmehr zum siebenten Mal eine nach Ländern getrennte Übersicht über die wirtschaftlichen Ergebnisse des vorangegangenen Jahres sowie über die Entwicklungstendenzen des laufenden Jahres in den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gegeben. Der inhaltliche Aufbau der einzelnen Länderberichte (Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn) sowie der beigefügten Statistiken ist einheitlich gestaltet. Dabei wurden Materialien berücksichtigt, die bis Mitte März 1979 vorlagen. Umfang und Aktualität des analysierten Datenmaterials stellen somit Orientierungs- und Entscheidungshilfen dar, die in dieser geschlossenen Form kaum an anderer Stelle zu erhalten sind.

Oktav, 292 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 18,50

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

□ Segmentierung des Arbeitsmarktes gilt nicht als Fehlentwicklung, sondern als Resultat der Funktionsweise des Marktes. Ökonomische und soziologische Einflußfaktoren verstärken sich gegenseitig und führen so zur Verfestigung etablierter Strukturen.

Programm der Dualisten

Dieser grundlegend anderen Arbeitsmarktinterpretation entspricht ein politisches Kontrastprogramm: Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Monetaristen werden gänzlich abgelehnt, die keynesianische Vollbeschäftigungspolitik dagegen findet eine differenziertere Beurteilung. Zwar wird ihr wegen des globalen Zuschnitts die Fähigkeit abgesprochen, auf die strukturellen Verwerfungen des Arbeitsmarktes gezielt einzuwirken, dennoch kommt ihr kurzfristig als beschäftigungsstabilisierendes Instrument erhebliche Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für den sekundären Arbeitsmarkt, da sie aufgrund ihrer konjunkturstabilisierenden Wirkung die Beschäftigungssicherheit im sekundären Sektor erhöht und so überhaupt erst die Voraussetzung für stabiles Beschäftigungsverhalten schafft.

Allerdings wird damit das Hauptproblem aus der Sicht der Dualisten nicht gelöst – nämlich die Änderung bzw. Beseitigung der verfestigten Arbeitsmarktstrukturen, die zur Diskriminierung von Arbeitnehmergruppen führen. Hierfür schlagen sie ein integriertes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Programm vor, dessen Konturen jedoch unscharf bleiben.

Großes Gewicht wird einer Arbeitsplatzstrukturpolitik, die auf eine Verminderung der „bad jobs“ abzielt, zugemessen, denn im Unterschied zur Neoklassik wird das Arbeits- und Sozialverhalten der Arbeitskräfte nicht exogen, sondern endogen bestimmt. Die Marginalisierung bestimmter Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt betrachten die Dualisten als Ergebnis der Wechselwirkung von schlechten Arbeitsplätzen und instabilem Arbeitsverhalten, die folgenden *circulus vitiosus* verursacht:

„Bad jobs“ (niedriger Lohn, keine oder nur geringe Qualifikation) führen zu ausgeprägtem *Desinteresse* an der konkreten Arbeit; daraus resultieren hohe *Fluktuationsraten*, die eine *negative Einschätzung* durch die potentiellen Beschäftigten hervorrufen. Aus diesem Grund werden den betreffenden Arbeitskräften wiederum nur „bad jobs“ offeriert.

Von der Beseitigung minderwertiger Arbeitsplätze versprechen sie sich ein Aufbrechen dieses Teufelskreises. Neben einer Arbeitsplatzstrukturpolitik fordern die Dualisten arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen, die die Arbeitssituation

der benachteiligten Arbeitnehmergruppen verbessern und letztendlich eine Beseitigung der vielfältigen Diskriminierungspraktiken erbringen sollen. Hinter dieser Forderung steht die Überzeugung, daß die individuellen Arbeitsmarktchancen stärker durch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe bestimmt werden als durch individuelle Fähigkeiten.

Bemerkenswert am dualen Arbeitsmarktprogramm erscheint die Tatsache, daß es trotz der scharfen Kritik der Neoklassik letztlich doch auf eine angebotsorientierte Politik rekurriert. Zweifellos basiert dieses Programm im Vergleich zur Neoklassik auf anderen Begründungszusammenhängen, und ebenso unzweifelhaft verfolgt es andere gesellschaftspolitische Intentionen. Aber die auffällige Vernachlässigung der Nachfrageseite läßt befürchten, daß mit der allzu starken Hervorhebung der angebotsseitigen Strukturprobleme die zumindest ebenso gravierenden Niveauprobeme der Arbeitslosigkeit aus dem Blickfeld geraten.

Programm der Radicals

Für die Radicals stellt sich die Frage nach den Einwirkungsmöglichkeiten der politischen Instanzen immer in Abhängigkeit von der Gesellschaftsstruktur¹²⁾. Kapitalistisch strukturierte Gesellschaften weisen demnach systembedingt zyklische Beschäftigungsschwankungen auf, die durch Staatseingriffe zwar gedämpft, aber nicht prinzipiell beseitigt werden können.

Grundlegende Skepsis gegenüber allen therapeutisch intendierten Maßnahmen zeichnet daher die arbeitsmarktpolitische Position der Radicals aus. Die Existenz einer industriellen Reservearmee erklären sie nicht allein aus der Wirkung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten entsprechend der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie, sondern auch aus Machtüberlegungen der Kapitaleigentümer. Sie knüpfen insofern an die Analyse Kalleckis an, der weniger aus ökonomischen als vielmehr aus politischen Gründen die Möglichkeit dauerhafter Vollbeschäftigung verneint¹³⁾.

Der Forderungskatalog der Radicals folgt daher weniger der Logik ökonomisch-instrumentalistischer Überlegungen; statt dessen steht die Frage im Vordergrund, wie das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft verändert werden kann¹⁴⁾.

¹²⁾ In diesem Sinne äußert sich beispielsweise P. S w e e z y : *Toward a Critique of Economics*, in: *The Review of Radical Political Economics* (RRPE), Vol. 3 (1971), Nr. 2.

¹³⁾ Vgl. dazu M. K a l l e c k i : *Politische Theorie der Vollbeschäftigung*, in: W. M e l b e r, B. F r e y : *Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie*, Frankfurt 1974, sowie die Rezeption bei R. B o d d y, J. C r o t t y : *Class Conflict and Macro-Policy: The Political Business Cycle*, in: RRPE, Vol. 7 (1975) Nr. 1, S. 1 ff.

¹⁴⁾ Unter diesem Aspekt können sowohl sehr allgemeine als auch spezielle Forderungen Bestandteil des Forderungskatalogs sein, wie die Aufzählung bei Perlo zeigt. Vgl. dazu V. P e r l o : *The New Propaganda of Declining Profit Shares and Inadequate Investment*, in: RRPE, Vol. 8 (1976), Nr. 3, S. 53 ff.